

WAHLPRÜFSTEINE

mit Fragen an die Parteien zur Landtagswahl

am 08.10.2023 in Hessen

DIE LINKE HESSEN

1. Die Förderung von Schutzunterkünften für von Gewalt betroffene Frauen liegt in der Zuständigkeit des Landes. Durch welche Maßnahmen tragen sie Sorge, dass frauenspezifische Einrichtungen und Dienstleistungen für Frauen, die als Frauen geboren wurden, insbesondere Frauenhäuser und Einrichtungen für Betroffene sexueller Gewalt ausschließlich für ein Geschlecht oder nach Geschlechtern getrennt angeboten werden?

2. Wie möchten Sie sicherstellen, dass das Monitoring zu Gewalt (öffentliche Statistiken, Statistiken der vom Land finanzierten Träger) den Vorgaben, die sich aus den verpflichtend umzusetzenden Konventionen ergeben, entspricht?

Die Fragen 1. und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Generell müssen die Strukturen der Zufluchtsstätten für von Gewalt betroffene Frauen ausgebaut werden. Wir brauchen ein Landesinvestitionsprogramm für mehr Schutzräume in Frauenhäusern und -wohnungen und ausreichend Belegungsrechte bei kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, um Frauen nach dem Frauenhaus angemessen unterbringen zu können.

Das Land muss hier seiner Verantwortung gerecht werden: Wir brauchen eine einzelfallunabhängige, bedarfsgerechte und kostendeckende Finanzierung. Auch Trans*-Personen sind häufig von Gewalt betroffen und brauchen Schutz.

Für DIE LINKE stellt die Istanbul-Konvention (IK) die politische Leitschnur unseres Handelns im Bereich Gewaltschutz dar. Mit zahlreichen Anträgen und Gesetzesentwürfen haben wir in der aktuellen Wahlperiode dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung des Hessischen Landtags und damit auch der Landesregierung gesetzt. Zusammen mit der Zivilgesellschaft konnten wir so an entscheidenden Punkten den Druck erhöhen, so dass bei einigen Punkten der Istanbul-Konvention – beispielsweise die IK-Koordinierungsstelle oder der neue Landesaktionsplan gegen häusliche Gewalt – tatsächlich Fortschritte erfolgt sind. Allerdings fehlen wesentliche Elemente im hessischen Verantwortungsbereich weiterhin. So weigert sich die hessische Landesregierung noch immer die Zahlen des Erläuternden Berichts zur IK als Grundlage des politischen Handelns anzuerkennen. In der Folge fehlen hunderte Plätze in Schutzeinrichtungen und sind Personal- und Betriebskosten in diesen, den Fachberatungsstellen und weiteren Projekten nicht landesseitig finanziert und damit nicht existent.

Zur Umsetzung der IK will DIE LINKE. eine staatliche Koordinierungsstelle schaffen, eine unabhängige Monitoring-Stelle etablieren und eine ebenfalls unabhängige Forschungsstelle verankern, die umfassend Daten zu Gewalt an Frauen und Mädchen generiert. Wir wollen

ausreichend finanzielle Mittel für die kritische Begleitung durch die Zivilgesellschaft als auch für das gesamte Hilfesystem bereitstellen. Damit Beratungsstellen und Frauenhäuser genügend Kapazitäten haben, um alle Anfragen bedienen zu können wollen wir zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen.

3. Die Zuständigkeit für den Strafvollzug liegt in der Verantwortung des Landes: Welche Lösungen schlägt ihre Partei vor, wenn es um die Unterbringung von männlichen Straftätern in Justizvollzugsanstalten geht, so diese sich als Frauen identifizieren?

4. Wie möchten Sie bei transidentifizierenden Männern sicherstellen, dass insbesondere die Polizeibeamtinnen (aber auch die Polizeibeamten) des Landes nur Personen des gleichen Geschlechts durchsuchen müssen, wie es das Landesgesetz vorsieht?

Fragen 3 und 4 werden zusammen beantwortet:

DIE LINKE Hessen möchte, dass Menschen ein Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung haben. Dies gilt natürlich auch für Menschen, die in Haft sitzen sowie in allen anderen Situationen im Leben. Natürlich kommen da spezifische Umsetzungsfragen auf. Wir möchten, dass die geschlechtliche Selbstbestimmung nicht durch reine Landesvorschriften durchbrochen wird, also muss ein Umsetzungsweg für bestimmte Situationen gefunden werden. Diesen mögen wir aber nicht einfach vorgeben. Bei in Haft sitzenden Menschen und Menschen, die (beabsichtigt oder versehentlich) Gefahr laufen, von nicht gleichgeschlechtlichen Polizist+innen durchsucht zu werden, muss eine Handhabe erarbeitet werden, und zwar gemeinschaftlich, sowohl mit Polizeivertretung als auch mit Sprecher+innen des betroffenen Personenkreises. Ein Runter Tisch kann diese Aufgabe gut übernehmen, einfach etwas vorgeben möchten wir nicht.

Im Zuständigkeitsbereich der Schulen

5. Setzen Sie sich für den Erhalt reiner Mädchentoiletten an hessischen Schulen ein?

Zur Ausstattung an Schulen liegt unser Fokus darauf, den Sanierungsstau aufzulösen und Schulgebäude in Stand zu setzen. Um die teils desaströsen baulichen Zustände von Schulgebäuden auszubessern, wollen wir ein Landesprogramm in Höhe von 2 Milliarden Euro auflegen. Damit sollen die Kommunen beim Ausbau und der Sanierung maroder Schulen unterstützt werden.

6. Bekennen Sie sich zu der Abschaffung der Geschlechterrollenstereotypen, wie von CEDAW und Istanbul-Konvention gefordert, und wenn ja: Wie möchten Sie den Konflikt lösen, der sich aus Identitäten ergibt, die auf Gender aufbauen?

Wir unterstützen die Überwindung von stereotypen Geschlechterzuschreibungen, welche dazu führen, dass Frauen häufiger schlechter bezahlte Jobs ausüben und von Altersarmut bedroht sind, Branchen mit hohem Frauenanteil schlechter entlohnt und gesellschaftlich niedrig angesehen sind, Frauen den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit übernehmen. Wir sehen in der Überwindung dieser Stereotype keinen Konflikt in Bezug auf die Geschlechteridentität.

7. Welche Vorgaben an Schulen und insbesondere Lehrerinnen und Lehrer erachten Sie als sachgemäß, wenn eine Schülerin / ein Schüler eine soziale Transition begehrt?

DIE LINKE will rechtliche und körperliche Selbstbestimmung für alle Geschlechter. Dazu muss der Identität der Schülerin / des Schülers Respekt entgegengebracht werden. Aufklärung zu diesen Themen und weitere Maßnahmen die dazu beitragen, dass Schüler*innen Akzeptanz und Toleranz erfahren, sehen wir als wichtig an, um ein Umfeld zu schaffen, das allen Schüler*innen gleiche Bildungschancen ermöglicht.